

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten  
Deutschlands: A. Mosse, Haeflenschein & Bogler, G. L. Daube,  
Invalideubank. Berlin Bernh. Arndt, Marg. Gerßmann,  
Eberfeld W. Thienes, Greifswald G. Jllies, Halle a. S.  
Jul. Bard & Co. Hamburg Joh. Nothhaar, A. Steiner,  
William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.  
Schr. Eisler. Kopenhagen Aug. F. Wolff & Co.

den minderjährigen von Vereinen, welche denselben, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern, ausgeschlossen sind und Versammlungen, in denen politische Angelegenheiten erörtert oder beraten werden, nicht bewohnen dürfen, ohne Unterfischung, ob diese Versammlungen von politischen Vereinen veranstaltet sind oder nicht. Um Schwierigkeiten zu beseitigen, die sich bei der bisherigen Auslegung der betreffenden Bestimmungen ergeben haben, ist weiterhin vorgeordnet, daß das Verbot der Theilnahme Minderjähriger auch diejenigen Vereinsveranstaltungen, die unter Ausschluss politischer Kundgebungen lediglich geselligen Zwecken dienen, keine Anwendung findet. Die gleiche Ausnahme ist zu Gunsten der weiblichen Personen vorgezogen. Endlich ist im Entwurf die erforderlichen Strafbestimmungen nach den Grundbätzen der Verordnung vom 1. März 1850 normirt. Die Vorlage ist nach der Begründung aus der Überzeugung hervorgegangen, daß der gegenwärtige Rechtszustand, wie er sich unter der Verfassung dieser seit nahezu 50 Jahren geltenden Verordnung gebildet hat, nicht genügt, um alle mißbräuchlichen Auswüchse des in schneller fortschreitender Entwicklung geseigerten Vereins- und Versammlungslebens zu treffen und zu verhüten. Das Bedürfnis zur Feststellung und Verstärkung der staatlichen Machtmittel macht sich daher um so dringlicher geltend, je eifriger und umfassender das Vereins- und Vereinswesen unter Leitung geschickter Agitatoren dazu benützt wird, die staatliche und soziale Ordnung anzugreifen und Propaganda für staatsfeindliche Bestrebungen zu machen. Mit besonderer Heftigkeit wird empfunden, daß die gesetzlichen Vorschriften häufig versagen, wo die Auflösung von Versammlungen geboten ist, weil sie die öffentliche Sicherheit, insbesondere die Sicherheit des Staates, oder den öffentlichen Frieden gefährden. Gerade hier namentlich an die zahlreichen öffentlichen Anarchistenversammlungen erinnert werden. Desgleichen ist das geltende Recht darin mangelhaft, daß es keine ausdrückliche gesetzliche Befugnis zur Schließung von Vereinen gewährt, welche zwar die Strafrechte nicht nachweisbar verletzen, wohl aber unter Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder des öffentlichen Friedens das freie Vereinsrecht mißbrauchen. Die Vor schläge des Entwurfs stellen sich nicht als Aenderungen auf dem Gebiete des Vereinsrechtes dar. Abgesehen davon, daß sie der Hauptsache nach dem jetzigen Rechtszustand entsprechen, welchen bereits jetzt von der Verwaltung in Anspruch genommen, aber nicht unangefochten gelassen ist, schließen sich die neuen Vorschriften an die Gesetzgebung an, welche in anderen deutschen Bundesstaaten, namentlich in Baiern und Sachsen, gilt. Sie sollen der preussischen Regierung, welche die Vereine und Versammlungen gegenüber verfassungsgemäß erheblich ungünstiger als andere Bundesregierungen gestellt ist, nur diejenigen Befugnisse gewähren, welche das staatliche Interesse dringend erfordert. Die unparteiische und gleichmäßigliche Auslegung und Anwendung der vorgeschlagenen Bestimmungen wird dadurch verbürgt, daß gegen die wegen Auflösung von Versammlungen oder Schließung von Vereinen erlassenen polizeilichen Verfügungen in gleicher Weise wie gegen polizeiliche Verfügungen überhaupt nur die Rechtsmittel des Gesetzes über die allgemeine Verwaltungsverwaltung, also auch die Klage im Verwaltungsstreitverfahren, Platz greifen. Außerdem verbleibt in den Fällen, wo ein politischer Verein von der Polizeibehörde vorläufig geschlossen werden kann, wenn er Minderjährige als Mitglieder aufgenommen hat oder wenn er ohne Erlaubnis mit außerdeutschen Vereinen in Verbindung getreten ist, auch in Zukunft die endgültige Entfegung dem ordentlichen Richter.

Der Abzug der griechischen Truppen aus Kreta hat jetzt begonnen. Vor Palatia waren gestern die drei von den Admiralen freigegebenen griechischen Dampfer eingetroffen, um die griechischen Truppen an Bord zu nehmen; diese hatten jedoch in Folge der Schwierigkeit der Zustellung der telegraphisch übermittelten Instruktionen der griechischen Regierung noch keinen Befehl erhalten, die die Heimath zurückzuführen. Die Admirale erleichterten die Uebermittlung und Aufstellung der auf die Zurückführung der griechischen Truppen bezüglichen Despatches. Die Einschiffung der Truppen sollte noch im Laufe des gestrigen Tages ihren Anfang nehmen.

Aus Athen wird gemeldet: Aus verschiedenes Quellen sind Tatsachen darf man schließen, daß die Regierung den Frieden noch nicht für gefährt hält und noch auf alles vorbereitet ist. Dies rechtfertigt auch die Verzögerung der Antwort der Botschaften, die obigen heute das Gerücht verbreitet ist, daß die Zustimmung zum Waffenstillstand der hiesigen russischen Gesandtschaft gemeldet wurde, sowie die Fortdauer der Kämpfe um Axa und Kresnachas. Die bei Almos als Spione aufgegriffenen Korrespondenten Baron Binder vom „Freundensblatt“ und Montgomerie vom „Standard“ wurden heute im Piräus eingeleitet, ebenso das Schiff

Ueber die weitere Gestaltung der Dinge in Kreta wird der „Polit. Korr.“ noch aus London gemeldet: Es werden alle im Namen des Königs Georg vom Obersten Bassos auf Kreta installirten Behörden ihre Funktionen einstellen und die Insurgentenhäupter im Innern der Insel eine provisorische Verwaltung einsehen. Die auf der Insel vorhandenen türkischen Truppen verbleiben bis auf Weiteres in ihren gegenwärtigen Garnisonen. Sofort nach dem Friedensschlusse werden die Mächte an die Organisation provisorischer autonomer Administrationsbehörden treten. Die europäischen Flotten werden nach Abzug der Griechen von der Insel zum größten Theile die kretensischen Gewässer verlassen.

**Konstantinopel, 13. Mai.** Wie offiziell gemeldet wird, wechselten Kiamig Pascha, der Kommandant des 3. Korps in Salonichi, und Abdullah Pascha, Kommandant des 5. Korps in Damaskus, gegenseitig ihre Kommandoposten. Der Obersten Mazar und Zemaï, Kommandanten der Reif-Regimenter in Trapezunt und Samsun, welche sich bei den Grenzstämpfen in Thessalien besonders ausgezeichnet und deren Abtheilungen die größten Verluste erlitten, wurden zu Brigadegeneralen ernannt. Der Bass von Lesbik meldet den Abgang von 1500 Freiwilligen nach Salonichi.

Eine Depesche des Blattes "Sabah" vom gestern meldet aus Larissa, daß 6 Bataillone der Division Karachisfar von Larissa, 4 Bataillone unter Islam Pascha von Diskata und 4 Bataillone der Division Wehschme von Janina von drei Seiten gegen Kalabaka marschirten. Ferner meldet das Blatt, daß die Vereinigung der Armeen Edhem Paschas mit den im Epirus operirenden Korps demnächst erfolgen werde. Einer Depesche des Blattes "Idham" aus Larissa zufolge ist der Souschef des Generalstabes Seifullah Pascha nach der geliebten Heimatsfeier in der Nacht mit einem Regiment nach Tchaighazi abgegangen.

Der Kaiser und die Kaiserin trafen mit den Prinzen Adalbert, August Wilhelm und Oskar sowie der Prinzessin Viktoria Luise gestern um 1½ Uhr Nachmittags auf dem Bahnhof in Metz ein und besichtigten alsbald die Kathedrale. In derselben wurden die Majestäten von dem Domkapitel begrüßt. In dem Gottesdienste erwarteten der Bezirkspräsident Freiherr v. Hammerstein und der Dombaumeister Tornow dieselben. Die Prinzen fuhren von der Kathedrale unter der Leitung des Oberst v. Heene nach der Villa „Prinz Friedrich Karl“, während der Kaiser und die Kaiserin sich mit der Prinzessin nach dem Bezirkspräsidium begaben, von wo der Kaiser und die Kaiserin um 2½ Uhr die Fahrt nach der genannten Feste antreten. Auf der Rückfahrt von der Feste besichtigte das Kaiserpaar das Denkmal Kaiser Wilhelms des Großen und begab sich sodann zum Bahnhof, wo um 5 Uhr 10 Minuten die Abreise nach Kurlz erfolgte. Trotz des stürmenden Regens befanden sich Tausende von Menschen auf den Stragen, welche überall das Kaiserpaar jubelnd begrüßten. Sicherem Vernehmen nach treffen der Kaiser und die Kaiserin am Sonntag, den 15. d. Mts., Morgens 10 Uhr 15 Min. mit kleinem Gefolge zu kurzen Besuche des kaiserlichen Stathalters und der Fürstin zu Stolzenlohe in Strassburg ein und setzen um 11 Uhr 15 Min. die Weiterreise nach Wiesbaden fort. — Nach einer Zusammenstellung des **königlich preussischen Jagdambtes** wurden in der Jagdaison 1896—97 insgesamt erlegt: 96 Hirsche, 317 Rothwild, Spießer und Wild, 419 Eschauer, 1039 Damwild, Spießer und Wild, 523 grobe Sauen, 1163 geringe Sauen, 217 Rehe, 639 Fasanen, 3106 Hasen, 3066 Rebhühner, 147 Reiher und Störche, 393 Gänse, Enten, Schnepfen cc., 218 Fische, 63 Marder, 135 Iltisse, 144 Wesel, 666 Mauhöcker und 1537 Stief Verschiedenes, mithin im Ganzen 13 248 Stück. — Der **Abschluß des städtischen Gaushalts in Breslau** für 1896 bis 1897 ergab einen Ueberschuß von 967 000 Mark. — Ein **Bezirksparteitag der freisinnigen Volkspartei** für den Bezirk Breslau findet am künftigen Sonntag in Altswafur statt. — Die in Leipzig gestern aus vielen Städten Deutschlands im Hosi „Stadt Dresden“ zusammengetretenen **Sortimentsbuchhändler** beschließen die **Bildung eines freien Buchhändlerverbandes**; der Zweck desselben ist die Wahrung der Interessen der Wiederverkäufer. Es wurde beschlossen, ein eigenes Kommissionshaus und ein eigenes Genossenschaftslager in Leipzig zu errichten. — In der **Zwangsertheilung** erliland, dem „Hof. Tglbl.“ zufolge, die **Ansiedelungskommission** das ungefähr 1900 Morgen große in polnischem Besitz bisher befindliche Rittergut Gorykowo für 454 000 Mark. — Der **sächsishe Fleischtag** beschloß, die Regierung zu ersuchen, entgegen den Wünschen des Landwirtschafts-Bundes die Schlachtvieheinfuhr zu erleichtern.

Berlin, 14. Mai. Zum Entwurf über das Vereins- und Versammlungsrecht schreibt die „Nat.-Lib. Corr.“:

Die Vorlage befräht sich nicht nur auf die Aufhebung des Verbindungsverbots, für das am Reichstag unter Berufung auf die Zustimmung der in Frage kommenden Regierung eine bindende Verpflichtung übernommen wurde; sie enthält außerdem auch den Ausschluß Minderjähriger aus politischen Vereinen und politischen Versammlungen. Schon hier sehen gewichtige Bedenken ein. Gewiß ist es berechtigt, daß unreife junge Menschen aus solchen Versammlungen ferngehalten werden. Die Bestimmung ist aber in derartigen Weise formulirt, daß der Zweifel über das Alter eines Theilnehmers, falls dieser nicht ein Altersattest bei sich führt, die Ueberwachungsbehörde ermächtigt, das ganze Versammlungsrecht vorkommenden Falls Anspruch zu machen. Willig und annehmbar sind die Bestimmungen, welche den konservativen Kreisen gemüthlich „Garantien“ für die Aufhebung des Verbindungsverbots Rechnung tragen. Sie gehen dahin, daß Vereine von der Landespolizeibehörde „geschlossen und Versammlungen von den Abgeordneten der Polizeibehörde“ aufgelöst werden können, „falls Zweck und Thätigkeit den Strafgesetzen widersprechen“.

oder die öffentliche Sicherheit, insbesondere die Sicherheit des Staates oder den öffentlichen Frieden gefährden". Die Ereignisse der letzten Monate und ihr parlamentarischer Niederschlag sind nicht danach angethan, um den Polizeibehörden die Definition dessen zu überlassen, was "öffentlicher Frieden" und "öffentliche Sicherheit" ist. Die parlamentarische Situation ist klar. Das Gesetz hat nur eine Minderheit für sich, und zwar eine Minderheit, bei der man mit Bedauern auch die Freikonservativen allem Anschein nach finden wird. In der Erklärung, der Reichskanzler am Dienstag abgab, schien es, als ob diese Befürchtungen der Vorlage nicht Bedingungen für die Aufhebung des Verbindungsverbots sein würden. Insofern würde vielleicht der Versuch sich empfehlen, alle Bestimmungen bis eben auf die, welche politischen Vereinen in Verbindung zu treten gestattet, zu eliminiren. Sollte die Regierung damit sich nicht einverstanden erklären, so würde die weitere Frage keiner langen Antwort bedürfen, ob die Beseitigung einer Bestimmung, die, wiederholt gesagt, durch die modernen Verkehrsmittel ohnehin schon längst zu den Todten geworfen ist, mit einer reaktionären Nichtanerkennung des Vereins- und Versammlungsrechts noch erst erkauf werden sollte, ganz abgesehen davon, daß ihre Beseitigung ausgesetzt worden."

— Der Bundesrath hat in seiner gestrigen Sitzung dem Entwurf einer Verordnung zur Ausführung des Patentgesetzes vom 7. April 1891, einer beantragten Aenderung der Ausführungsbestimmungen zum Zuckersteuergesetz, den Ausschüssen, betreffend Ergänzung der Bestimmungen über die Tara, sowie betreffend Gewährung von Zollertlassen aus Billigkeitsrücksichten, und einem Antrag, betreffend den Abschluß eines Auslieferungsvertrages zwischen dem Reich und dem Danzigfreistaat, die Zustimmung ertheilt und über Eingaben Beschluß gefaßt.

— In der Budgetkommission des Reichstags stand gestern zunächst folgender vom Abg. Richter zur Verbesserungsvorlage gestellter Antrag zur Erörterung: „nachfolgende *„Allgemeine Bemerkung“* dem Dispositiv des Etats hinzuzufügen: a) Ersparnisse, welche bei den Fonds zu Befoldungen und zu sonstigen Dienstleistungen etatsmäßiger Beamten dadurch entfallen, daß Stellen zeitweilig nicht besetzt sind oder von ihren Inhabern nicht versehen werden können, sind der Reichskasse zuzuführen; b) aus den etatsmäßigen Remunerationen der Beamten dürfen Remunerationen nur an mittlere und untere Beamte, aus den etatsmäßigen Unterstützungsfonds Unterstützungen nur an Beamte gewährt werden, deren Einkommen 4500 Mark nicht übersteigt.“ Nach längerer Debatte, in welcher

**Wien**, 13. Mai. Abgeordnetenhans. In der heutigen Sitzung bringen die Abgeordneten Schönerer und Genossen einen Antrag ein, welcher die Regierung auffordert, die Verhandlungen mit Ungarn sofort abbrechen, ein einjähriges Provisorium auf Grund des status quo zu schaffen und inzwischen die Vorarbeiten zu einer Personal-Union mit Ungarn vorzunehmen. Die Abgeordneten Decker und Genossen beantragen die Einführung der Sonntagsruhe bei staatlichen Beamten, Kreditinstituten u. s. w. Die Abgeordneten Dolzschitz und Genossen interpelliren betreffs der Aufforderung der Großmächte an die Türkei, ein weiteres militärisches Vorgehen sofort einzustellen. Oesterreich-Ungarn sei an der Gestaltung der Dinge im Orient in erster Linie interessiert. Die Interpellanten verlangen deshalb vom Ministerpräsidenten Aufklärungen vor dem Haupte aus über den Stand der Interdiktions-Verhandlungen. Nächste Sitzung Dienstag.

**Wien**, 13. Mai. Der heute abgehaltene Verbandstag der österreichischen Industriellen nahm eine dahingehende Resolution an, daß die Regierung eine internationale Vereinbarung anstreben möge, um der prohibitiven Zollpolitik der Vereinigten Staaten von Amerika und der damit verbundenen gemeinsamen Gefahr für das europäische Wirtschaftsgebiet wirksam zu begegnen.

**Paris**, 13. Mai. Die Herzogin von Orleans wird morgen Abend hier eintreffen, um den Trauerfeierlichkeiten in Paris und in Dreuz beizuwohnen. Der Herzog von Orleans wird den Sonderzug, welcher die Leiche des Herzogs von Aumale nach Frankreich überführt, in Modane verlassen und sich von dort nach Brüssel begeben.

Shanghai, 2. April. Außer Wuitschau und Schuiching sollen am 4. Juni noch vier andere Häfen am Westfluß eröffnet werden, nämlich: Konakun, Konomun, Komtschuf und Tsching.

Die vier gegenwärtig für die chinesische Regierung bei Schigan (Gibing) im Bau befindlichen Torpedobootvernichter werden jeder 194 Fuß lang sein; Pferdekraft 6500; Geschwindigkeit 32 Knoten die Stunde.

In Peking langten Mitte v. M. 18 russische Geometer an und nahmen ihr Quartier in der russischen Gesandtschaft. Wie es heißt, gehen sie demnächst nach der Mandschurei, um die

Der Geschwefelfabrik von Ludwig Löwe u. Co. in Berlin soll der Kontrakt zugesallen sein, ein Arsenal in Sautau einzurichten. Deutsche Ingenieure und Werkführer werden die Aufsicht über den Betrieb übernehmen; man erwartet sie demnächst in China.

**Otaiva** (Kanada), 13. Mai. Amtlich wird bekannt gemacht, daß Einfuhrgrüner, um den Vortheil des niedrigeren Tarifs zu genießen, von Zeugnissen begleitet sein müssen, aus denen hervorgeht, daß die Waaren britisches Obenerzeugniß oder Fabrikat sind. Solche Waaren werden bis zur endgültigen Erlebigung der Tarifbill nach den Sägen des niedrigeren Tarifs zugelassen werden.

Nach der Abrechnung des sozialdemokratischen Deutschen Metallarbeiter-Bundes über das abgelaufene Jahr wurden ausgegeben: Für Streiks 138.058 Mark, für die vorjährige Generalversammlung 6993 Mark, für den Gemein-

Idustriekongress 1760 Mark, für internationale Informationen 100 Mark, für den sozialdemokratischen Agitator Segis zur Anknüpfung internationaler Beziehungen 300 Mark, für Verwaltungskosten 3793 Mark, für Verluste in den Verwaltungsstellen 7751 Mark, für die Metallarbeiterzeitung“ 88 552 Mark, für Agitation 14 706 Mark, für Reiseelder 72 566 Mark, für Beitrag an die General-Kommission 19 321 Mark und für Unterstützungen 16 790 Mark. Wer mit diesen 16790 Mark unterstützt worden ist, wird nicht gesagt. Selbst in dem Falle, daß es sich dabei um nothleidende Parteigenossen handelt — was indessen keineswegs feststeht —, sollte die Zahl den Arbeitern zu denken geben. Denn was bedeuten 16 790 Mark gegenüber den andern, doch auch aus den Arbeitergrößen herrührenden Summen, die nutzlos vergeudet sind! So waren, nach dem Bericht, von den Streiks 30 erfolglos, 12 waren von Erfolg, 14 hatten einen theilweisen Erfolg. Es wird weiter bemerkt, daß alle wegen Mäßregelung unternommenen Streiks erfolglos waren.

Stettin, 14. Mai. Der Finanzminister hat durch Verfügung vom 9. Mai 1897 bestimmt, daß Jagdpachtverträge als Pachtverträge über unbewegliche Sachen nach Tarifstelle 43a des Stempelsteuergesetzes vom 31. Juli 1895 zu verfeuern sind. Dabei ist nachgegeben, daß von der Aufnahme in die Pachtverzeichnisse diejenigen Jagdpachtverträge ausgeschlossen bleiben mögen, die schon vor dem Bekanntwerden der Verfügung durch Verwendung von Stempelzeichen zu den Verträgen selbst verfeuert sind.

— Es hat sich neuerdings — vielleicht aus Anlaß der Reichstagsverhandlungen über die Abänderung des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes — die Ansicht verbreitet, daß für die russischen Schmittler keine Beitragsmarken mehr verwendet zu werden brauchten. Dem gegenüber wird zur Beachtung für die besteuerten Landwirthe darauf hingewiesen, daß das Gesetz bisher nicht geändert ist, daß also nach wie vor Ausländer in gleichem Maße versicherungspflichtig sind wie die Inländer.

-- Zum Prediger an der Seilandskirche (Verlin-Moabit) ist von den Gemeindeorganen Pastor Wasmund in Wismitz bei Plathe (geb. 1859, seit 1885 im Amt) gewählt worden.

Am 28. Mai tritt auf dem Artillerie-Schießplatz bei Hammerstein eine mit Telegraphenbetrieb ausgerüstete Poststelle in Wirksamkeit. Der Geschäftsbetrieb derselben erstreckt sich auf die Annahme und Ausgabe von Postsendungen aller Art, sowie auf die Annahme und Bestellung von Telegrammen.

— Die Rheberei Braeunlich veranstaltet am Sonntag, Morgens 7 Uhr, Dampfer-Sonderfahrten nach Swinemünde und Nisbroy. Die Rückfahrt wird Abends 6 Uhr angetreten.

— Das königliche Amtsgericht zu Pasewalk veröffentlicht jetzt die Eröffnung des Konkursverfahrens über das Vermögen des Pasewalker Konsum- und Spar-Vereins, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. Konkursforderungen sind bis zum 3. Juli anzumelden.

— Wie wir hören, schweben Verhandlungen wegen der Uebnahme der Direktion des Stadt-Theaters unter Zugrundelegung des Dir. Goldberg'schen Vertrages mit Herrn Dir. Bosoff in Reg.

— Wir machen darauf aufmerksam, daß am morgigen Sonnabend die letzte Aufführung des heiteren Vers-Lustspiels „Renaissance“ im Bellevue-Theater stattfindet und zwar zum Benefiz für Herrn Kienichs, welcher sich während seiner kurzen Thätigkeit hieselbst bereits großer Beliebtheit zu erfreuen hat.

\* Vom Dache eines auf dem Grundstück Turnerstr. 23 befindlichen Nebengebäudes stürzte heute Vormittag der Dachdeckergeselle Julius Mahnte auf den Hof hinab, wobei er anscheinend schwere innere Verletzungen erlitt. Mitteleit Krankenwagens wurde M. nach seiner in der Johannisstraße belegenen Wohnung be-

fordert. \* In der Werkstatt des Kettenfabrikanten Ruhlmeier verunglückte heute früh der Schmiedegehilfe Paul Naast, demselben fiel ein schweres Eisenstück auf den linken Fuß und erlitt er eine starke Quetschung, welche die Ueberführung des Verunglückten in das städtische Krankenhaus nothwendig machte.

\* Ornithologischer Verein. Sitzung vom 10. Mai; Vorsitzender Sanitätsrath Dr. Bauer.) Auf der Tagesordnung steht die Schlussberatung über die Veranstaltung einer Jubiläumsausstellung im Frühjahr 1893. Der Vorsitzende theilt mit, daß der Vorstand die Angelegenheit vielfach berathen, schließlich zu dem Schluß gekommen sei, daß sich die Ausstellung wohl bei größter Sparsamkeit und mit Hülfe be-

vorläufiger Unterstützungen und einer Lotteriedeckung anzustreben lassen, jedoch selbst dann sei ein Defizit noch nicht ausgeschlossen. Herr Koppen tritt ebenfalls für die Ausstellung ein, empfiehlt aber, den Verkauf der Koopie auf 6000 à 50 Pf. in Selbstbetrieb zu nehmen. Herr Meßlin giebt einen kurzen Rückblick auf die 25jährige Geschichte des Vereins und seine Ausstellungen und hält es für eine moralische Pflicht des Vereins, die Ausstellung zu beanstalten, zur größeren Sicherung schlägt er die Zeichnung eines Garantiefonds vor.

Oberrichtermeister v. Barchenoff empfiel die Einsetzung eines größeren Silbergewinns für die Lotterie. Die Versammlung beschloß hierauf einstimmig, selbst auf die Gefahr eines Scheiterns die Ausstellung Ende März 1893 zu veranstalten. — Ende Juni wird im Greifswald der Verbandstag stattfinden und werden außer den Herren Dr. Bauer und Heidrich die Herren Koppen und Bindemann zu Vertretern des hiesigen Vereins gewählt. Anträge für den Verbandstag werden vom hiesigen Verein noch bis zum 24. d. Mts. entgegengenommen. Die Hauptberatung wird sich mit der Klasseneinteilung der Hüfner und Landten befassen. Als Sommerlokal wird der Garten des Vereinshauses für die geselligen Versammlungen vorgeschlagen. Der Tag wird noch bekannt gemacht werden. Herr Nöhl legt die Statuten des deutsch-angarischen Geflügelclubs sowie den Bericht des Altvereins Vereins über die Bestrebungen und Erfolge des



Newport, 13. Mai, Abends 6 Uhr.		
Baumwolle in Newport . . .	13.	12.
do. in Neworleans	7 <sup>13</sup> / <sub>16</sub>	7 <sup>5</sup> / <sub>16</sub>
Petroleum Rohes (in Cases)	7,50	7,50
Standard white in Newport	6,70	6,65
do. in Philadelphia	6,25	6,20
Pipeline Certificates per Mai	6,20	6,15
Same at 3 Western steam . . .	86,00	86,00
do. Rhode and Brothers	4,22 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	4,20
Super Fair refining Mosco-	4,45	4,45
vados		
Beizen behauptet.	2,87	2,87
Rother Winter- Iso . . . . .	nom.	nom.
per Mai	83,75	82,00
per Juli	80,25	79,25
per September	75,75	75,37
per December	77,12	76,87
Affee Rio Nr. 7 Iso	8,00	8,00
per Juni	7,50	7,45
per August	7,60	7,55

per Mai	30,37	30,00
per Juli	31,12	30,87
per September	32,25	32,00
upfer	11,10	11,05
inn	13,40	13,35
etreibefracht nach Liverpool	1,50	1,50

**Paris.** 13. Mai. Bankausweis.  
Barvorrath in Gold Franks 1 954 149 000, Zunahme 24 642 000.  
Barvorrath in Silber Franks 1 224 991 000, Zunahme 1 754 000.  
Portefeuille der Hauptbanken und deren Filialen 677 048 000, Abnahme 4 822 000.  
Notenumlauf Franks 3 673 977 000, Abnahme 28 709 000.  
Laufende Rechnung d. Priv. Franks 490 263 000, Abnahme 1 360 000.  
Ausgaben des Staatschatzes Franks 180 523 000, Zunahme 27 868 000.  
Gesamt-Vorschüsse Franks 356 478 000, Abnahme 13 580 000.  
Zins- und Diskont-Einträge Franks 8 286 000, Zunahme 345 000.  
Berghältig des Notenumlaufs zum Barvorrath 36,30 Prozent.

**London.** 13. Mai. Bankausweis.  
Cassaferte Pf. Sterl. 25 611 000, Zunahme 142 000.  
Notenumlauf Pf. Sterl. 27 409 000, Abnahme 176 000.  
Barvorrath Pf. Sterl. 36 221 000, Abnahme 33 000.  
Portefeuille Pf. Sterl. 28 052 000, Zunahme 317 000.  
Ausgaben der Privaten Pf. Sterl. 39 446 000, Abnahme 31 000.  
Ausgaben des Staats Pf. Sterl. 10 189 000, Zunahme 506 000.  
Cassaferte Pf. Sterl. 23 096 000, Zunahme 110 000.  
Sicherheits-Sicherheit Pf. Sterl. 13 843 000, unverändert.  
Verhältniß der Reserve zu den Passiven 51%, gegen 51½, in der Vorwoche.  
Leasinghouse-Umsatz 128 Mill., gegen die entsprechende Woche des vorigen Jahres weniger 7 Millionen.

1127

1

5,00—131,00 bez. 30

5,00—131,00 bez. 30

magt bekräftigt.

\_\_\_\_\_